

BERLIN AKTUELL

**BÄRBEL
BAS**



FÜR DUISBURG IN BERLIN.

**MAHMUT
ÖZDEMİR**



IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:

MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Liebe Leserinnen und Leser,

erst einmal möchten wir auch an dieser Stelle den Genossinnen und Genossen der Duisburger SPD danken, die uns am Freitag mit tollen Ergebnissen für die Bundestagswahl 2017 nominiert haben. Wir freuen uns auf den gemeinsamen Bundestagswahlkampf und danken für das große Vertrauen und die starke Unterstützung.

Mit dem Haushalt 2017 setzen wir die sehr erfolgreiche Haushaltspolitik der vergangenen Jahre fort. Drei Jahre ohne Neuverschuldung stehen für sich und sind ein starkes Signal der Generationengerechtigkeit. Wichtig ist aber ebenfalls: Die Große Koalition investiert zum Beispiel in die Sicherheit und in die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes - auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion.

Im Mittelpunkt der vergangenen Sitzungswoche standen außerdem die Generaldebatte sowie die Veranstaltung unserer SPD-Bundestagsfraktion „Krisendiplomatie auf Hochtouren“.

2

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

BUNDESHAUSHALT 2017 Investitionen in Sicherheit und sozialen Zusammenhalt	3
GENERALDEBATTE „Hass und Aufwiegelung vergiften eine Demokratie“	5
VERANSTALTUNG Konferenz „Krisendiplomatie auf Hochtouren“	7

TOP-THEMA

HAUSHALT

Bundshaushalt 2017: Investitionen in Sicherheit und sozialen Zusammenhalt

Die Haushaltsberatungen des Bundestages sind am Freitag vergangener Woche abgeschlossen worden. Der Bundestag hat einen Etat 2017 beschlossen, der Ausgaben und Einnahmen von jeweils 329,1 Milliarden Euro vorsieht (Drs. 18/9200, 18/9202).

3

Im Vergleich zu diesem Jahr sollen die Einnahmen und Ausgaben um insgesamt 12,2 Milliarden Euro erhöht werden. Für Investitionen sind 36 Milliarden Euro vorgesehen. Die Einnahmen aus Steuern betragen im kommenden Jahr rund 301,78 Milliarden Euro.

Zentrale Vorhaben des Koalitionsvertrages sind nun umgesetzt. Das ist auch deshalb ein großer Erfolg, weil es der dritte Haushalt ohne neue Schulden ist. Es gibt mehr Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Kommunen. Die Abgeordneten von SPD und Union sind sogar weit über die ursprünglich geplanten Vorhaben mit einem Volumen von 23 Milliarden Euro hinausgegangen, etwa mit dem Ende 2014 beschlossenen zusätzlichen 10-Milliarden-Investitionsprogramm oder dem kommunalen Investitionsfonds für finanzschwache Kommunen, den die Koalitionsfraktionen in den kommenden Wochen mit einem Nachtragshaushalt sogar noch einmal auf dann 7 Milliarden Euro verdoppeln werden. Das sind wichtige Erfolge, für die sich die SPD-Fraktion stark gemacht hat.

Das sozialdemokratische Solidarprojekt

Mit dem Bundshaushalt 2017 wird der sozialdemokratisch geprägte Kurs der Großen Koalition fortgesetzt: Denn beschlossen wird der Einstieg in das von Vizekanzler Sigmar



Gabriel (SPD) im Frühjahr durchgesetzte Solidarprojekt, mit dem zum Beispiel die innere Sicherheit gestärkt wird: Mit einem zweiten Sicherheitspaket gibt es bis 2020 zusätzliche 4300 neue Stellen und rund 880 Millionen Euro an Personal- und Sachmittel im Sicherheitsbereich. Und es wird noch einmal massiv in die Bekämpfung von Fluchtursachen und die humanitäre Hilfe investiert. Außerdem werden die Mittel für die Extremismusprävention und das Programm „Demokratie jetzt“ verdoppelt.

Zum Solidarprojekt gehören übrigens auch 5 Milliarden Euro mehr für sozialen Wohnungsbau, soziale Integration, Familien und Langzeitarbeitslose. Es werden aber auch ganz unterschiedliche Bereiche stärker gefördert als zunächst geplant, zum Beispiel:

- die Kultur in Deutschland für verschiedene Projekte mit rund 250 Millionen Euro.
- die Entwicklung der ländlichen Räume mit 30 Millionen Euro.
- die Verlängerung des Programms „Altersgerechtes Umbauen“ mit einem Volumen 75 Millionen Euro.
- das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt mit 42 Millionen Euro mehr für sechs neue Institute.
- die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft mit jährlich 60 Millionen mehr.
- der Klimaschutz und Biologische Vielfalt mit insgesamt 70 Mio. Euro mehr.
- das THW mit 3 Millionen Euro mehr für Jugendverbände und Nachwuchswerbung.
- Die Bundeszentrale für Politische Bildung mit zusätzlich 3 Millionen Euro.

Insgesamt lässt sich feststellen: Die Koalition schafft einen Haushalt, der Ausgabendisziplin und Nullverschuldung mit politischer Schwerpunktsetzung und einer Verstärkung der Investitionen verbindet.

Ganz besonders freuen wir uns darüber, dass auf Initiative der SPD in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses ein Antrag beschlossen wurde, der für die Universität Duisburg-Essen einen erfreulichen Geldsegen bedeutet. Es fließen 6,8 Mio. Euro Zuschuss zum Aufbau eines Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung – davon 3 Mio. im nächsten Jahr, die restlichen 3,8 verteilt auf die drei Folgejahre.



GENERALDEBATTE

„Hass und Aufwiegelung vergiften eine Demokratie“

Wie umgehen mit dem Hass in der Gesellschaft und in den sozialen Medien? Und wie begegnet man dem Rechtspopulismus am besten? Diese Themen standen in der so genannten Generaldebatte am Mittwoch vergangener Woche im Zentrum der Reden.

„Demokratische Wahlen sind auch dann richtig, wenn sie nicht das gewünschte Ergebnis bringen“ – Thomas Oppermann widmete sich in seiner Rede zunächst ausführlich der US-Wahl. Zwar müsse das Ergebnis akzeptiert werden, die „schmutzige Art“ des Wahlkampfes allerdings nicht. Respekt und Anstand gehörten zu demokratischen Voraussetzungen.

Deshalb mahnte Oppermann auch, dass Aufwiegelung und Hass eine Demokratie vergiften können. „Das dürfen wir nicht zulassen!“

Wie das vermieden werden kann, begründete Oppermann auch mit einem stärkeren Europa und einem freien Handel, weil das Gegenteil zu Abschottung führe, was wiederum den Nationalismus und Protektionismus befördere – ein Teufelskreis.

Fest steht für den Fraktionsvorsitzenden aber auch, dass Wählerbeschimpfung die schlechteste Lösung ist. „Denn genau dieser moralische Zeigefinger schweißte die Wähler populistischer Parteien erst recht zusammen.“ Statt die Wähler zu beschimpfen, sollte die US-Wahl ein „Weckruf für alle Demokraten sein: sich auf die Fragen zu konzentrieren, die die Menschen im Alltag wirklich beschäftigen.“

Oppermann lieferte zwei Antworten: erstens einen handlungsfähigen Staat, „der Regeln setzt, diese auch durchsetzt und die Menschen so vor Gewalt und Kriminalität schützt“. Und zweitens einen Staat, „der soziale Sicherheit bietet, der Menschen auffängt, wenn sie ihre Arbeit verlieren und verhindert, dass sie sozial abrutschen.“

Hass im Internet

Auch dem Hass und der Desinformation in den sozialen Netzwerken widmete sich Oppermann, indem er zum einen Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) lobte, der Druck auf



Facebook ausübe, und zum anderen, indem er die Plattform kritisierte, dass sie zwar viel Geld mit Kommunikation verdiene, aber mit Ermittlern nur unzureichend spreche.

Er kam auch auf die Türkei zu sprechen. Deutlich mahnte Oppermann den türkischen Präsidenten Erdogan: „Wer Richter, Staatsanwälte, Journalisten und Abgeordnete verhaftet, wer die Opposition ins Gefängnis steckt, der stört die Demokratie – und da dürfen wir in Europa nicht schweigen.“ Er fügte hinzu, sollte Erdogan die Todesstrafe in der Türkei wieder einführen, sei das das Ende der EU-Beitrittsverhandlungen. Zugleich versicherte er den türkischen Bürgern, die die Demokratie wollen, volle Solidarität.

Ein Einwanderungsgesetz vonnöten

In dem Zusammenhang warb der Fraktionschef auch für ein modernes Einwanderungsgesetz. Einen Entwurf dazu hatte die SPD-Bundestagsfraktion unter Oppermanns Führung unlängst vorgelegt. Zweck eines solchen Gesetzes ist laut Oppermann vor allem, besser zu unterscheiden zwischen Asyl und Arbeitseinwanderung. „Unser Asylsystem ist auch deshalb so überlaufen, weil wir diese Unterscheidung nach außen hin faktisch nicht mehr machen“, so Oppermann.

Neben einem Einwanderungsgesetz ist der SPD-Fraktion auch die Aufhebung des Kooperationsverbotes wichtig. Die Sozialdemokraten wollen dem Bund über eine Grundgesetzänderung die Möglichkeit eröffnen, Kommunen im Bildungsbereich direkt finanziell helfen zu können. Oppermann: „Es ist ein Unding, dass in unserem Land Schulen in einem miserablen Zustand sind, weil Städte und Gemeinden nicht genug Geld haben, eine anständige Schule für unsere Kinder bereitzustellen. Und auf der anderen Seite haben wir im Bund Haushaltsüberschüsse, und das Grundgesetz verbietet uns, einen Teil davon unseren Schulen zugutekommen zu lassen.“ Oppermann betonte, dass die Koalition nicht nur das Grundgesetz ändern werde, „sondern wir werden sofort 3,5 Milliarden Euro für Schulen in finanzschwachen Kommunen bereitstellen.“

Bund hilft den Kommunen massiv

Thomas Jurk, Haushaltsexperte der SPD-Fraktion, betonte in seiner Rede die Hilfen des Bundes für finanzschwache Kommunen. Er nannte als Förderbeispiele den Kitaausbau und die verdoppelten Hilfen für Sprachkitas. Auch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen werde den Bund viel Geld kosten und dessen Handlungsspielraum weiter



einschränken. Es sei aber dennoch richtig und wichtig, weil mit diesen Maßnahmen nicht zuletzt der soziale Zusammenhalt im Land gesichert werde.

Die SPD-Abgeordnete Bettina Hagedorn, Berichterstatterin für den Haushalt des Bundesinnenministeriums, bezog sich in ihrer Rede ebenfalls auf die sozialen Investitionen des Bundes, etwa in die Ausweitung der Integrationskurse und die Stärkung des THW. Ehrenamtliches Engagement könne nicht hoch genug geschätzt werden, so Hagedorn.

VERANSTALTUNG

Konferenz „Krisendiplomatie auf Hochtouren“

Bis auf den letzten Platz war der Fraktionssaal am Dienstag besetzt, als Fraktionschef Thomas Oppermann die Konferenz „Krisendiplomatie auf Hochtouren – Zukunftsperspektiven für Syrien und den Nahen Osten“ eröffnet hat. Auf die zahlreich erschienenen Gäste wartete ein hochkarätig besetztes Programm, in dem zentrale Fragen der Krisendiplomatie unter anderem mit Bundesaußenminister Steinmeier erörtert wurden.

7

Der Syrien-Konflikt wird von Jahr zu Jahr komplexer. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) betonte in seiner Rede die zwingende Notwendigkeit einer politischen Lösung. Zudem rief er die Beteiligten auf, endlich die Angriffe auf zivile Ziele wie Krankenhäuser und Wohnhäuser zu stoppen.

Syrien nicht im Stich lassen

Auch die Vereinten Nationen gehören zu den Organisationen, die sich intensiv und trotz aller Rückschläge weiter um eine Beendigung des Konflikts bemühen. Seit mehr als zwei Jahren ist der erfahrene Krisendiplomat Staffan de Mistura als Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs für Syrien im Dauereinsatz. Sein Engagement wurde bei der Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion gewürdigt, und sowohl Thomas Oppermann als auch Frank-Walter Steinmeier dankten ihm persönlich für seinen Einsatz. De Mistura drückte die Befürchtung aus, dass der syrische Machthaber Assad die Zeit bis zum Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Donald Trump für eine zerstörerische Offensive nutzen könnte. Assad setze darauf, den Konflikt militärisch zu gewinnen. Diese Strategie werde aber nicht aufgehen, so de Mistura. Es müsse weiter alles für eine politische Lösung getan werden. „Wir dürfen die Syrer nicht im Stich lassen“, so der Diplomat.



Im gemeinsamen Gespräch mit dem außenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Niels Annen, betonten die Spitzendiplomaten, dass nur ein politischer Prozess, der alle Beteiligten einbindet, einen Weg aus der Syrien-Krise weisen kann – bei gleichzeitiger Bekämpfung des Islamischen Staats. Dabei ist der Frieden in Syrien nicht nur wichtig für die Not leidende Bevölkerung, der Konflikt hat weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Region.

Was ist von den USA zu erwarten?

Mit diesem Aspekt setzte sich die Konferenz in einem weiteren Teil auseinander. Was ist vom „Arabischen Frühling“ übriggeblieben? Welches Engagement ist vom neuen US-Präsidenten Donald Trump zu erwarten? Und vor allem: Welchen Beitrag kann der Bundestag zur deutschen Außenpolitik im Nahen und Mittleren Osten leisten? Über diese Fragen diskutierte die Fernsehjournalistin und ehemalige Korrespondentin in der Region, Astrid Frohloff, mit dem Journalisten Markus Bickel, dem Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik Volker Perthes und mit Michelle Müntefering, die für die SPD-Fraktion die deutsch-türkische Parlamentariergruppe leitet und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss ist.

SPD-Fraktionsvize Rolf Mützenich warnte abschließend davor, dass die künftige US-Regierung Trumps bisher keine Agenda für den Nahen und Mittleren Osten erkennen lasse. Sollten die USA das Atomabkommen mit dem Iran aufkündigen, drohe weitere Instabilität bis hin zu neuen Stellvertreterkriegen. „Wir müssen uns auf schwierige Situationen einstellen“ sagte Mützenich. Umso wichtiger sei, dass Deutschland und die EU eine klare Linie verfolgten und auf die Einhaltung der Abkommen drängten.